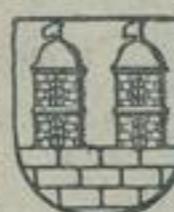


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich neunmal. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Büros 2 Mark, im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mark, bei Postabholung 2 Mark, nachfolgend 15 Pf. Alle Postanstalten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint wöchentlich. Postosten und weitere Kosten werden nach Möglichkeit abweichen je nach Zeit und Art der Ausgaben entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Nachsendung eingegangener Schreibstücke erfolgt nur, wenn Porto belegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamtssatz Tharandt, Finanzamt Nossen.

Nr. 208 — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Börsched: Dresden 2640

Sonntag, 6. September 1925

Wohnungssorgen.

Von besonderer Seite wird uns zu den augenblicklichen Auseinandersetzungen über Mietzinsteuer und Wohnungsnöt geschrieben:

Die vor einigen Tagen angekündigten Preisenänderungen machen der Regierung dauernd an. Allerdings hört man in der Öffentlichkeit nicht allzu viel von den Einzelheiten. Das meiste spielt sich jetzt hinter den Kulissen in der Form von Versprechungen zwischen den einzelnen Gattungen des Wirtschaftslebens und der Regierung ab. Bis jetzt hat man von einer allgemeinen Verbilligung wohl noch nichts geprägt. Es wurde aber auch gleich zu Beginn daran hingewiesen, daß es schon ein Vorteil wäre, wenn es gelingt, vorläufig wenigstens eine Bewegung der Preise nach oben zu verhindern. Die ganze Angelegenheit befindet sich, so kann man sich ausdrücken, in einem Stadium des Abwartens, wobei an einzelnen Stellen doch eine gewisse Tensionstendenz zum Vorschein kommt.

Es ist ohne weiteres klar, daß man dieser Frage nicht eindeutig zu Hilfe geben kann. Die Dinge im Wirtschaftsleben sind alle so untereinander verschlungen, daß das eine das andere beeinflussen muß. Deshalb tritt es häufig ein, daß die an einer Stelle notwendige Maßnahme auf eine andere Stelle eine nicht erwünschte Nebenwirkung ausübt. Bei den heutigen Verhandlungen mit den Eisenbahnen wird z. B. von der Verwaltung mit angeführt, daß auch Lohnkürze preissteigernd wirken können. Die Verwaltung erklärt, weitere Lohnerhöhungen nicht ohne Tarifabschlüsse durchzuführen zu können. So kann unter Umständen der Antrieb an einer Stelle sich zu einer Schraube ohne Ende auswachsen.

Zu den Sorgen des täglichen Lebens gehört mit in erster Linie die Wohnung. Schlechte Wohnungsverhältnisse führen zu allerlei Unzuträglichkeiten. Man darf niemals außer acht lassen, daß der Mietpreis in der Lebenshaltung eine große Rolle spielt. Also auch hier ist ein wichtiges Abwägen notwendig.

Nicht mit Unrecht sieht es die Regierung als ihre Hauptaufgabe an, zuerst der allgemeine Wohnungsnöt zu steuern. Man hat schon viele Wege versucht. Der bedeutsamste in dieser Beziehung ist sicherlich die Mietzinsteuer, die zusammen mit der Miete erhoben wird, von der sie einen gewissen Prozentsatz ausmacht. Der Grundgedanke war der, auf diese Weise einen den Hausbesitzern sonst etwa zusätzlichen Gewinn infolge Erspartung an Hypothekenzinsen der Allgemeinheit dienstbar zu machen.

Wir wollen uns hier nicht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Steuer austasten, sondern uns nur mit der Tatsache ihres Vorhandenseins beschäftigen, zumal sie ja auch erst kürzlich wieder bei der Verabschiedung der Steuergesetz neu veranlaßt wurde. Außerdem dürfte auch niemand etwas dagegen einzuwenden haben, wenn es auf diese Weise gelingt, in möglichst kurzer Zeit der Wohnungsnöt wenn auch nicht direkt ein Ende zu machen, so sie doch erheblich einzuschränken.

Von verschiedenen Seiten werden nun gewisse Bedenken gestellt gemacht. Den Behörden ist in der Erhebung ein gewisser Spielraum gelassen. Es wird nun die Befürchtung ausgesprochen, daß noch mehr als bisher aus der Mietzinsteuer Beiträge für allgemeine Zwecke, nicht für Zwecke des Hausbaus in Anspruch genommen werden. Diese Bedenken sind nicht von der Hand zu weisen. Falls sie Berechtigung haben, dann würde es bedeuten, daß die früher an verschiedenen Stellen erhobene Mietzinsteuer, die als so überaus lästig empfunden wurde und deren Verschwinden so freudig begrüßt wurde, wieder aufsteht. Steuern werden im allgemeinen immer als drückend empfunden. Man findet sich mit ihnen ab, wenn man ihre Berechtigung einlebt. Das ist auch gegenüber der Mietzinsteuer der Fall, besonders wenn man dabei die Gewissheit hat, daß damit wirklich vielen, die Anspruch auf eine Wohnung haben, zu ihrem Rechte verholfen wird. Außerdem ist sie ja auch nur als vorübergehende Erscheinung gedacht. Daß sie jedoch nicht zu einem Momente wird, daß unter Umständen die Verbilligungsaktion der leitenden Kreise aufhebt, dafür muß aber auf alle Fälle gesorgt werden.

Die „Shenandoah“-Katastrophe.

15 Mann tot, 19 verletzt.

Die Anzahl der bei der Katastrophe des Luftschiffes ums Leben Gefommenen beläuft sich nunmehr auf fünfzehn, die der Verletzten auf 19. Augenzeuge erzählen, die Trümmer der „Shenandoah“ seien mit einem Krachen gleich dem fallender Waldbäume zur Erde gestürzt. Als die Spitze des Luftschiffes sturzflug, sah man die Mitglieder der Besatzung an Tauen und an einzelnen Teilen des Gerüppes hängen. Nur einer von diesen wurde getötet, als der Wind das Seil, an das er sich geflammt hatte, von der Spitze des Luftschiffes fortzog.

Das ungünstige Ende des Marineluftschiffes „Shenandoah“ scheint in einen politischen Skandal verlaufen zu wollen, der zum Rücktritt des Marineministers Wilbur führen kann. Die Witwe des Kommandeurs Landsbowe

Kommt die Ministerkonferenz?

Das Raten um den Sicherheitspakt

Berlin, 4. September.

Viel lebhafter als das Interesse an den augenblicklichen Beratungen des Völkerbundes in Genf ist dasjenige für die Frage: Kommt es zu einer Besprechung der Außenminister einschließlich des deutschen Reichsaußenministers Dr. Stresemann über den Sicherheitspakt oder nicht? Während von der einen Seite behauptet wird, die Konferenz würde schon kurz nach dem 15. September an einem Ort der Schweiz oder Oberitaliens stattfinden, wird von anderen Stellen ebenso deutlich gesagt, alle verbreiteten Meldungen in dieser Richtung seien grundlos Vermutungen. Es steht noch nichts fest und erst nach Abschluß der Londoner Juristenkonferenz seien irgendwelche Beschlüsse möglich.

Von unrichteter Seite wird darauf hingewiesen, die Reichsregierung habe Dr. Gauß nach London entsandt, um den Standpunkt der deutschen Regierung zu vertreten und die Ansichten der englischen und französischen Regierung über den Sicherheitspakt entgegenzunehmen. Nach Beendigung der Konferenz werde Dr. Gauß nach Berlin zurückkehren und Bericht erstatten. Erst dann sei es der deutschen Regierung überhaupt möglich, einen Beschluß über die Beschickung einer etwa später stattfindenden Konferenz zu fassen.

Englische Ansichten.

In einem anscheinend halbamtlichen Artikel der Londoner „Times“ wird allerdings erst heute wieder gesagt, die alliierten und der deutsche Minister würden in der zweiten Hälfte dieses Monats zusammenkommen, um über den Sicherheitspakt zu beraten. Der Ort der Zusammenkunft werde von den Dispositionen Mussolinis abhängen, der Rom nur aus kurze Zeit verlassen kann. Die Resultate der gegenwärtigen Juristenkonferenz würden dann bekannt werden. Es wird angenommen, daß die Juristen den Hauptteil ihrer Arbeit heute zu Ende bringen. Es sei aber auch möglich, daß sie bis Anfang nächster Woche in London bleiben, um gewisse politische Fragen noch zu besprechen. Das Hauptergebnis der Konferenz befasse vorläufig darin, daß die deutsche Regierung durch Dr. Gauß genau über die Stellungnahme der Alliierten informiert werde. Wenn auch nicht zu erwarten gewesen sei, daß man ein Übereinkommen über alle Punkte erreichen könne, so habe doch die Konferenz die fraglichen Punkte auf ein Minimum herabgemindert.

Kein Durchmarschrecht.

Der deutsche Vertreter Dr. Gauß soll mit aller Kraft verlangen, daß Frankreich unter seinen Umständen die entmilitarisierte Rheinlandzone, falls es zwischen

etwa vierzigtausend gegenübert, daß ihr Verteidigungsfähigkeit zur Ausführung des Fluges um diese Jahreszeit aufgefordert worden sei, gegen den er sich gewehrt habe, da er als geborener Ohioer die plötzlich auftretenden Stürme in dieser Gegend kannte. Wilbur hätte wohl der Verzögerung des Fluges zugestimmt, aber dann doch geprägt, daß der Flug noch vor dem Herbst ausgeführt werde.

Deutsches Beileid.

Der deutsche Botschafter, Freiherr von Malachan, besuchte sofort nach dem Unglücksfall den Präsidenten Coolidge in seinem Sommerlyceum Swampscott mit dem Auftrag, das herzlichste Beileid der deutschen Reichsregierung auszudrücken.

Was Augenzeugen berichten.

Von Augenzeugen wird zu dem Unfall noch berichtet: Die „Shenandoah“ hatte etwa 1½ Stunden über der Stadt gestreift, als sich mit einem Krachen zeigte, daß die Besatzung die Gewalt über das Luftschiff verloren hatte. Es erhob sich ein Wind, der sich rasch zu einem Sturm steigerte. Die „Shenandoah“ legte sich auf die Seite und wurde vom Sturm in südlicher Richtung abgetrieben.

Der mit dem Leben davongekommene Erste Offizier der „Shenandoah“ berichtete, wie ein Funkspruch aus New York meldet, dem Flottendepartement, daß von der Besatzung 13 getötet und zwei verwundet wurden. Ein Mann wird vermisst. Die meisten ums Leben Gefommenen befanden sich in der Steuerungszelle, die bei dem Absturz zertrümmert wurde.

Die Nachricht von dem Unglüd verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Tausende von Neugierigen eilten mit Motorrädern und Automobilen an die Unglücksstätte und behinderten die Rettungsarbeiten. Unter den Zuschauern befanden sich viele streitende Bergleute. Soweit bekannt ist, hat sich keine Explosion ereignet. Das Luftschiff hatte offenbar eine Störung an den Maschinen oder an der Steuerung.

Durch einen Blitzastrahl zerrissen.

Die Überlebenden der „Shenandoah“ sagen aus, daß ein Blitzastrahl das Luftschiff in vier Teile auseinander

Deutschland und Polen zu Streitigkeiten kommen sollte, ohne Zustimmung des Völkerbundes überschreiten dürfte. Dr. Gauß sei bei seinen Bemühungen von dem belgischen Sachverständigen und dem Engländer Cecil Hurst unterstützt worden, wobei letzterer den früheren englischen Standpunkt ausgegeben habe. Die Forderung von Dr. Gauß zeige sie aber nicht allein auf die Ostgrenze, sondern auch auf einen Krieg oder eine Kriegsgefahr im Westen. Früher schon ist für eine neutrale Rheinlandzone vorgeschlagen worden, daß sie unter allen Umständen und für alle Zeiten unverrücklich sein soll.

Arbeiten in Genf.

Aus Danzig ist ein Einspruch gegen die zugunsten Polens gefallene Entscheidung über das Danziger Hafengebot in der Postfrage eingelaufen. — Für die östlich-englischen Streitigkeiten an der Moselfront wird möglicherweise eine Einigungscommission eingesetzt werden. — Ferner beschäftigt man sich mit der Wirtschaftskontrolle Österreichs. Es verlautet aus informierter Quelle, daß noch innerhalb dieser Tagung des Völkerbundes über die endgültige Abberufung des Kommissars der Alliierten, Dr. Zimmermann, aus Österreich entschieden wird.

Die Räumung Kölns beschlossen

Berlin, 5. September. Der „Vorwärts“ meldet aus Genf: Im Verlaufe der alliierten Ministerbesprechungen in Genf hat die Räumung der Kölner Zone einen breiten Raum eingenommen. Die Räumung wurde grundsätzlich vereinbart, ihr Abschluß ist innerhalb drei Monaten vorgesehen. Eine rohdere Räumung ist angeblich aus militärischen Gründen unmöglich.

Frieden auf dem Friedenskongress.

Rede gehalten.

Der auf dem Friedenskongress infolge einer nicht gehaltenen Rede des deutschen Reichstagspräsidenten ein getretene Zwischenfall kann als erledigt angesehen werden. Unterrichtsminister de Monzie hat Herrn Löbe gegenüber erklärt, er habe nicht daran gedacht, ihm das Wort zu verweigern. Der Kongreßleiter, Professor Michel, hat zu Beginn der zweiten Sitzung des Kongresses eine ähnliche Erklärung abgegeben, worauf Herr Löbe seine Rede zum Vortrag brachte. De Monzie und sämtliche Delegationen zu einem Essen im Ministerium des Auswärtigen ein.

Reichstagspräsident Löbe stellte in Begleitung des Unterrichtsministers de Monzie dem Präsidenten der Republik einen Besuch ab.

Reichen und auch mehrere Männer der Besatzung getötet habe. Einzelne Teile des gebrochenen Aufstreuers wurden vom Sturm 25 Kilometer weit fortgerissen. Mehrere Angehörige der Besatzung versuchten, sich an Tauen um Teilen des Gerüppes anzustimmen. Die Gewalt des Sturmes war jedoch so groß, daß mehrere dieser Tiere losgerissen wurden und die daran hängenden Leute in die Tiefe stürzten.

Ursache der „Shenandoah“-Katastrophe.

Eigener Bericht des „Wilsdruffer Tageblatts“.

Neuport, 5. September. Die von der amerikanischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Entschluß, daß die Vernichtung der „Shenandoah“ durch den Sturm verursacht wurde. Im Gegensatz hierzu schreibt Kapitän Heintz, der Konstruktionsberater beim Bau der „Shenandoah“, die Ursache der Katastrophe der Entfernung von 8 der 18 Sicherheitsvenen zu. Die „Shenandoah“ sei nach dem ursprünglichen Entwurf das sicherste Fahrzeug der Welt gewesen und nur die nachher vorgenommene Änderung habe das Fahrzeug unsicher gemacht. Er selbst wäre unter keinen Umständen nach der vorgenommenen Änderung aufgestiegen.

Die gescheiterten Hawaiflieger.

Die beiden Marinesflieger, die von San Francisco nach Hawaii gestoßen und auf See niedergegangen waren, sind verloren. Das eine Flugzeug, das 300 Seemeilen westlich von San Francisco niedergegangen war, ist nach Rettung der gesamten Besatzung gesunken. Das andere, das unter dem Flieger John Rogers zur Hilfe zurückblieb, ließ nichts von sich hören, bis jetzt ein Radio nach Honolulu meldet, daß es nach Verbrauch des gesamten Brennstoffes mitten auf See niedergegangen ist. Die Behörden von Honolulu und die Kommandanten der sofort in See gegangenen Kreuzer, die zwei Tage lang nach Rogers Flugzeug gesucht hatten, haben jede Hoffnung aufgegeben.